

Information über die Sitzung des Gemeinderats am 19. Juni 2007

Jahresrechnung 2006 und Entlastung des Bürgermeisters und der Beigeordneten

Die von der Verwaltung am 31.03.2007 erstellte Haushaltsrechnung für das Jahr 2006 wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss (RPA) geprüft. Der Prüfbericht des RPA vom 10.05.2007 liegt den Ratsmitgliedern vor. Die darin enthaltenen Feststellungen und Hinweise werden beim künftigen Verwaltungshandeln beachtet.

Einstimmiger Beschluss:

Die Jahresrechnung 2006 wird beschlossen. Dem Bürgermeister und den Beigeordneten wird Entlastung erteilt.

Information zum Radweg Mutterstadt/Limburgerhof

Der Landesbetrieb Mobilität in Speyer hat die Verwaltung informiert, dass für die Bauausführung der Radwegeverbindung zwischen Mutterstadt und Limburgerhof einschließlich Kreisverkehrsplatz an der Einmündung L533/L524 folgender Ablauf geplant ist.

- Submissionstermin am 4. Juli 2007
- Baubeginn im August 2007
- Ausführungszeit 60 Werkzeuge

Das bedeutet, dass die Radwegverbindung voraussichtlich ab Ende Oktober dieses Jahres nutzbar sein wird.

Erneuerung der Terrasse am Palatinum

Die Verwaltung informiert, dass die Palatinum-Terrasse nach der Mutterstadter Kerwe erneuert wird. Gleichzeitig werden Hülsen zum Aufstellen von sechs großen Sonnenschirmen in den Belag integriert.

Stellungnahme der Gemeinde zum Landesentwicklungsprogramm (LEP IV)

Das LEP III stammt aus dem Jahr 1995. Der landesplanerische Orientierungsrahmen soll für 10 bis 15 Jahre gelten. Dementsprechend wird das LEP vom Ministerium des Inneren und für Sport aktuell neu aufgestellt. Schwerpunkte des neuen LEP sind der demographische Wandel, die stärkere Berücksichtigung der Gleichberechtigung der Geschlechter im Sinne des Gender Mainstreaming sowie die Sicherung und Fortentwicklung des erreichten wirtschaftlichen Niveaus. Verwaltung und Fraktionen haben zu einzelnen Punkten des LEP IV Stellungnahmen formuliert. Einzig der Punkt „Brückeninfrastruktur“ führt zu einer Aussprache.

Stellungnahme der CDU-Fraktion zu „Brückeninfrastruktur“:

Für das Zusammenwachsen und Vernetzen der Metropolregion Rhein-Neckar ist der Bau einer weiteren Rheinquerung südlich der Stadt Ludwigshafen unbedingt erforderlich.

Stellungnahme der Verwaltung zu „Brückeninfrastruktur“:

Auch seitens Verwaltung wird das Erfordernis einer zusätzlichen Rheinquerung zwischen Speyer und Ludwigshafen gesehen zur verbesserten Entwicklung der Metropolregion Rhein-Neckar und Entflechtung von Verkehrsströmen. Das „Nadelöhr“ Konrad-Adenauer-Brücke und Kurt-Schumacher-Brücke in Ludwigshafen/Mannheim wird der für die Metropolregion Rhein-Neckar erwarteten Stärkung des Wirtschaftsstandortes nicht gerecht.

Aussprache:

Ratsmitglied Leonhard Sebastian (CDU) erklärt, seine Fraktion wolle sich nicht auf eine Brücke als Rheinquerung festlegen, es könne auch eine andere Lösung angestrebt werden (z.B. Tunnel).

Ratsmitglied Gabi Odermatt-Altvater (GRÜNE) erinnert an parteiübergreifende Proteste aus Anliegergemeinden zur früheren Planung einer Brücke bei Altrip. Sie sei kein zukunftsweisender Einsatz von Steuermitteln, es gebe vernünftiger Alternativen. Die Passagen sollten gestrichen werden. Sie seien kein Thema für Mutterstadter Bürger.

Fraktionsvorsitzender Thorsten Leva (SPD) schließt sich für seine Fraktion an. Man wolle einem solchen Projekt nicht ohne erneute Verträglichkeitsprüfung zustimmen.

Laut Fraktionsvorsitzendem Hartmut Kegel (FWG) steht seine Fraktion in der Frage „Rheinquerung“ hinter der CDU, man erwarte eine Entlastung vom Schwerverkehr.

Beschlüsse:

Die Stellungnahmen werden einstimmig beschlossen. Die Stellungnahme zu „Brückeninfrastruktur“ wird mit 16 Ja- und 7 Nein-Stimmen (eine Enthaltung) beschlossen.